

Genosse Hannes Hörnig, Kandidat des ZK der SED, Leiter der Abteilung Wissenschaften beim ZK

# Verantwortung für Sozialismus - heute

Aus einem Diskussionsbeitrag auf der 1. Delegiertenkonferenz der Kreisparteiorganisation der TU am 22. Januar:



In enger Freundschaft mit der Sowjetunion zu entwickeln, in enger Freundschaft mit den anderen sozialistischen Ländern. Wir sind bestrebt, friedliche Beziehungen zu allen Staaten in der Welt herzustellen und die Lebensbedingungen unseres Volkes ständig zu verbessern. Das können wir nur erreichen, wenn zwischen den Völkern in der Welt Frieden herrscht.

Wir haben an diesem Grundanliegen unserer Politik seit der Gründung der DDR nichts geändert. Wir haben aber auch nichts geändert an unserem Grundanliegen in der Auseinandersetzung mit der Entwicklung in Westdeutschland. Hunderte von Vorschlägen liegen auf dem Tisch und zeigen, welcher Regierung in Deutschland es um die Entwicklung friedlicher Beziehungen auch zwischen den beiden deutschen Staaten ernst ist.

lichen eine Verstärkung der Bestrebungen, die DDR zu liquidieren.

## Die Gefährlichkeit politischer Illusionen

Mit dem Eintritt von sozialdemokratischen Ministern in die Regierung ist es den Imperialisten in Westdeutschland möglich geworden, die eigene Bevölkerung zu täuschen, und darüber hinaus will sie auch in der DDR Illusionen darüber entwickeln, daß es jetzt mit der „Wiedervereinigung Deutschlands“ vorangehen wird, da ja die Sozialdemokratie eine andere Linie vertreten würde als die CDU/CSU.

Aber, liebe Genossen, was ist anders geworden? Die Ablehnung des friedlichen Nebeneinander der beiden deutschen Staaten ist schroffer, die Entwicklung des Neonazismus ist größer und die Tatsache, daß man sich offen gegen das Nebeneinander der deutschen Staaten ausspricht, ist lauter geworden.

Unter diesem Gesichtspunkt sind diese „gesamtdeutschen Beziehungen“ zu sehen.

Wir sind für freundschaftliche und friedliche Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, und das ist nach zwanzig Jahren eine sehr vernünftige und gar nicht wegzudenkende Notwendigkeit. Aber gerade darum geht es der Bonner Regierung, mit der Alleinvertragsanmaßung nicht zuzugeben, daß es eine DDR gibt.

Das betrifft auch die Wissenschaftsbeziehungen. Wie ist denn die Lage? Es kommt immer darauf an, von wem, für wen wissenschaftliche Erkenntnisse genutzt werden. Nur das ist das Entscheidende. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden nur in der Gesellschaft wirksam.

Es gibt keine über der Gesellschaft, in den Wolken stehende Physik oder Chemie. Wissenschaft ist eine spezifische Lebensäußerung der menschlichen Gesellschaft, die nur in der Gesellschaft realisiert werden kann.

Ganz logisch nutzt die wissenschaftliche Arbeit in Westdeutschland der

Entwicklung, der Verbreiterung und Verstärkung des westdeutschen Imperialismus.

Es gibt zur Zeit zwei deutsche Staaten, und in dem einen deutschen Staat wird der Sozialismus umfassend aufgebaut. Und es gibt im Westen Deutschlands einen Staat, in dem der Kapitalismus wieder erstarbt und sich festigt und ein festes Herrschaftssystem aufgebaut hat. Dieser Staat muß von der westdeutschen Bevölkerung überwunden werden. Wir werden dabei helfen, so gut wir können. Es ist meine feste Überzeugung, daß das einheitliche Deutschland ein sozialistisches sein wird. Wir sind nicht bereit, auch nur einen Schritt des Weges rückwärts zu gehen, den wir bis jetzt gegangen sind.

Heißt das, wir fahren jetzt in den deutschen Belangen einen harten Kurs? Nein! Das macht Bonn! Deutlich zeigt das die Regierungserklärung, sehr deutlich zeigt das die Ablehnung der Vorschläge aus der Neujahrserklärung unseres Staatsratsvorsitzenden. Deutlich zeigt das der Gräse Plan und vieles andere mehr. Wir bleiben bei unserer eindeutig formulierten Politik, wir lassen uns nicht auf der Nase herumtanzen. Wer etwas von uns will, muß mit uns verhandeln, nicht mit Vorbehalten und auch nicht in Gänsefüßchen. Die DDR ist ein souveräner sozialistischer Staat, und wer das nicht begreifen will, wer meint, er kann mit allgemeinen humanistischen Illusionen die DDR aufweichen, der wird eine Abfuhr erleiden. Voraussetzung dafür ist, daß wir über diese Probleme in aller Offenheit und mit aller Deutlichkeit sprechen.

Die Entwicklung des Hochschulwesens im Sinne des Sozialismus voranbringen heißt, daß alle Angehörigen ihrer Verantwortung gegenüber unserer sozialistischen Republik gerecht werden und bereitwillig, aktiv und schöpferisch mitarbeiten. Das bedeutet, daß die Kreisdelegiertenkonferenz richtig orientiert, wenn sie feststellt, daß es vor allem darauf ankommt, die ganze Partei, jeden Genossen und durch jeden Genossen alle Angehörigen der Universität zu befähigen, ihre ganze Kraft, ihr ganzes Geschick, ihr ganzes Können und die ganze Liebe für die DDR, für den Aufbau des Sozialismus, gegen die westdeutschen Imperialisten, die unsere Erfolge zunichte machen wollen, einzusetzen.

## Parteitagatmosphäre schaffen!

Wenn die Kreisparteiorganisation der TU das bis zum VII. Parteitag zu einer großen Bewegung entwickelt, dann hat sie einen guten Beitrag zur Vorbereitung des Parteitages geleistet und wird eine gute Grundlage für die Realisierung der sicherlich weit nach vorn führenden und unsere ganze Kraft fordern Beschlüsse des VII. Parteitages leisten. Dazu möchte ich den Angehörigen der TU im Namen des ZK die besten Wünsche für größte Erfolge mit auf den Weg geben.

(Zwischenüberschriften: Redaktion.)

## Die Mörder sitzen bei IG Farben

Auch auf dem Felde der Wissenschaft haben wir nichts gemeinsam mit dem westdeutschen Staat der Neonazis

Bezüglich der grausamsten Kriegsführungsmittel gibt es schon seit hundert Jahren international vereinbarte Verbote. Zu den unerlaubten Mitteln gehören die Verwendung von Gift und vergifteten Waffen, sowie erstickende und bakteriologische Mittel der Kriegsführung. In Petersburg (1868), Den Haag (1907), in Genf (1925), in der Charta der UN und vielen anderen Abkommen sind die Grundsätze festgelegt, deren Verletzung als internationales Verbrechen gilt. Der deutsche Imperialismus, und besonders der 1925 gegründete IG Farbenkonzern hat durch unser ganzes Jahrhundert hindurch gemeinsam mit den Dollarmagnaten seine Blutsur hinterlassen.

einmal kein Verbrechen; vor dem die Herren der Konzerne auch der Chemie zurückschrecken könnten; denn nicht sie begleichen die Rechnung. Darum ist die Illusion von einer gesamtdeutschen Chemie so gefährlich, weil sie unterschlägt, daß es mit den Erforschern und Herstellern von Gelbkreuz, Zyklon-B, mit den Organisatoren der „Euratom“ und anderen Todesfabriken - daß es auch auf dem Felde der Wissenschaft keine Gemeinsamkeit mit dem Imperialismus geben kann! Hier aus der Chronik der Barbarei, an der die Chemiekonzerne des deutschen Imperialismus gemeinsam mit den Generalstäben geschrieben haben:



### YPERN 1916/17

Gasalarm bei einer deutschen Batterie. Am Gas selbst verdienten die Fabrikanten Millionen, und auch Tausende deutsche Soldaten wurden Opfer eines mit Brutalität sondergleichen geführten schleichen

Kampfmittels, das sie in den Gräben und Unterständen erstickte. Die deutschen Konzerne, ihre Forscher und Laboranten brachen in Ypern die IV. Haager Abkommen von 1907!

Ein Glied in der Kette...



### AUSCHWITZ 1940

Selbst vor Greisen und Kindern machten die faschistischen Verbrechen nicht halt. Das Zyklon-B stammt aus den Labors der IG Farben, deren damaliger Direktor in diesem Jahre (I) im westdeutschen Staat der Neonazisten den Schillerpreis für

„Verdienste um den humanistischen Fortschritt“ erhielt. Hunderttausende wurden in den Todesanlagen bestialisch erstickt. Perfektion der Barbarei, peinlich genaue Abrechnung, SS-Leute fotografieren. Im Namen des Volkes... f in den Schmutz getreten die Haager und Genfer Abmachungen...



### VIETNAM 1966

Den mit Gasmasken ausgerüsteten Soldaten der 1. US-Division sind Hubschrauber vorausgefliegen,

die Giftgas einsetzen. Tatsache ist, daß die Westberliner Sahering AG, die IG-Farben und amerikanische Chemiegiganten gemeinsame Sache machen.

Diese Beispiele sind nur ein Bruchteil der Verbrechen gegen die Würde des Menschen und die Souveränität der Völker, die um ihre sind, fordern endlich ihre Sühne! Befreiung vom imperialistischen Joch

kämpfen. Diese Verbrechen, in denen die westdeutschen wie amerikanischen Konzerne eng verstrickt verstrickt der Völker, die um ihre sind, fordern endlich ihre Sühne! Befreiung vom imperialistischen Joch

Alle unsere Liebe, Leidenschaft und Kraft für die politische, ökonomische, kulturelle und militärische Stärkung unseres sozialistischen Vaterlandes, der souveränen Deutschen Demokratischen Republik!

Unsere Epoche ist getragen von der Entwicklung des Sozialismus und vom Untergang der imperialistischen Ordnung. 50 Jahre nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist der Geist des Sozialismus Kompaß für alle Unterdrückten in der ganzen Welt. Es gab in den vergangenen Jahrzehnten keine Befreiungsbewegung, kein revolutionäres Ereignis in der Welt, das nicht vom Gedanken des Sozialismus, des Kampfes gegen den Imperialismus getragen war.

In der DDR verfolgen wir die richtigen Ziele. Unsere Politik entspricht dem Grundsatz unserer Epoche, diese Ziele gut und schnell zu erreichen. Und das ist das Hauptanliegen der Werktätigen der DDR. Dazu mit allen unseren Kräften und allen unseren Möglichkeiten beizutragen, soll das Anliegen der Universitäten, Hochschulen und Fachschulen in der DDR sein.

Es geht darum, alles zu tun, damit die DDR allseitig gestärkt wird, damit sich in allen seinen Bereichen, in allen seinen Zusammenhängen das sozialistische System der Entwicklung der Gesellschaft herausbildet.

Wir werden alles tun, um die DDR

## Die Lage richtig einschätzen

In der letzten Zeit hat sich in Westdeutschland eine andere Situation ergeben. Der Eintritt sozialdemokratischer Minister in die Kiesinger-Regierung hat dazu beigetragen, bei einem Teil der Angehörigen unserer Universitäten und Hochschulen Illusionen darüber zu wecken, daß doch eine Regierung, in der Ministerposten von führenden westdeutschen Sozialdemokraten bekleidet werden, offensichtlich eine andere, eine Entspannungspolitik machen werde.

Wir haben nun Zeit gehabt, die ersten Schritte dieser Regierung zu beobachten. Wir haben die Regierungserklärung von Kiesinger sehr aufmerksam studiert, aber wir müssen feststellen, daß diese neue Regierung die alte, von Adenauer begründete Politik weiterführen will und weiterführen soll im Auftrag des westdeutschen Imperialismus. Die Regierungserklärung sagt eindeutig, daß nach der Festigung des staatsmonopolistischen Systems in Westdeutschland, nach der Festigung der Zusammenarbeit der sogenannten Bundespartei die Expansion nach außen beginnen soll, also im wesent-

## Genosse Professor Dr. rer. pol. Arthur Bordag, vor den Delegierten am 22. Januar:

Wir begegnen immer wieder der Tatsache, daß noch nicht erkannt wird, daß die „Einheit der deutschen Wissenschaft“ längst nicht mehr vorhanden ist. Es wird nicht erkannt, daß die Wissenschaft immer mehr und in jeder Gesellschaftsordnung bestimmten Zielen und Zwecken dient, daß sie immer und unabänderlich Klassencharakter hat.

Wir begegnen immer wieder solchen Meinungen wie, wir müßten dafür sorgen, daß die Einheit der deutschen Wissenschaft erhalten bleibt, es gebe traditionelle Beziehungen zu den Kollegen in Westdeutschland; wir dürften das Fachgespräch nicht dadurch komplizieren, daß wir Fragen der Politik hineinbringen usw. Ganz klar gesagt, man scheut sich, offen für den Staat und die Gesellschaftsordnung Position zu beziehen, in der man lebt und arbeitet! Hier wird völlig die Tatsache verkannt, daß es zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichem, grundverschiedenem Charakter gibt, die man niemals zusammenklammern oder auch auf irgendeine andere Weise zusammenschieben kann. Hier wird verkannt, daß von diesen beiden Staaten nur der Deutschen Demokratischen Republik die Zukunft gehört.

Die Realität besteht doch darin, daß es auf deutschem Boden schon längst eine sozialistische Wissenschaft gibt, die dem gesellschaftlichen Fortschritt dient, die von der Gesellschaft allseitig unterstützt wird; daß es schon längst auf deutschem Boden eine fortschrittliche Wissenschaftspolitik gibt, die der ganzen Gesellschaft dient und nützt; nämlich in der DDR; und daß es andererseits auf deutschem Boden eine kapitalistische Wissenschaft und eine reaktionäre Wissenschaftspolitik gibt und einen Staat, in dem die Arbeit der Wissenschaftler letztlich einer aggressiven, uns feindlichen Ordnung dient, nämlich der des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland.



Auch für die Wissenschaft, die Wissenschaftsbeziehungen und die Arbeit der Wissenschaftler gilt die uralte Klassenfrage: Wem nützt es? Unsere Aufgabe müßte darin bestehen, jeden Wissenschaftler zu fragen und dafür zu sorgen, daß er sich selbst die Frage stellt: Wem nützt meine Arbeit, wem hilft sie, wem diese ich mit meiner Arbeit?

Es ist höchste Zeit, volle Klarheit über diese Fragen zu schaffen und endlich mit dem Gerede von der Einheit der deutschen Wissenschaft Schluss zu machen, die es schon längst nicht mehr gibt und die es auf Grund der neuen Realitäten für die Zukunft nicht geben wird und nicht geben kann.

Umgekehrt müssen wir dafür sorgen, daß unsere Wissenschaftler zusammen

# Immer fragen: Wem nützt meine Arbeit?

## Bonn verschärft Notstandskurs

Nach wie vor erhält die Bonner Regierung den Alleinvertragsanspruch aufrecht, nach wie vor will man die Realität der DDR nicht zur Kenntnis nehmen, sondern sie beseitigen, nach wie vor wird die Forderung nach Revision der Grenzen erhoben.

Tatsache ist also, daß es zwar in Bonn eine neue Regierung gibt, daß aber der alte Kurs weiter gefahren wird, d. h. also die Nichtanerkennung der Realitäten, Objektiv gibt es sogar eine Verschärfung des außen- und innenpolitischen Kurses der neuen Bonner Regierung.

Tatsache ist, daß unsere Partei diese Situation klar eingeschätzt hat. Die sogenannte „Große Koalition“ bedeutet einen Rück nach rechts! Und eben deswegen wird es ein längeres Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten geben. Deshalb fehlen jetzt die Voraussetzungen, um zum Beispiel in eine Konföderation eintreten zu können. Dazu müssen in Westdeutschland die Bedingungen dafür geschaffen werden. Das sind neue Realitäten, die auch neue Maßstäbe in den Wissenschaftsbeziehungen zu Westdeutschland setzen.